

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SCHLOSSPLATZ 1-3 65183 WIESBADEN

Herrn Ministerpräsident Roland Koch  
Hessische Staatskanzlei  
Georg-August-Zinn-Straße 1  
65 184 Wiesbaden

**TAREK AL-WAZIR MDL**  
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (611) 350 580  
Fax: +49 (611) 350 604  
t.al-wazir@ltg.hessen.de

Wiesbaden, 9. April 2010

Per Fax vorab

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich wende mich heute an Sie wegen der Äußerungen Ihres Stellvertreters im gestrigen *Tagesspiegel*. Herr Hahn hat sich in dem Artikel zu den Fällen von Kindesmissbrauch an der Odenwaldschule geäußert und wurde dort mit den Worten zitiert, Sozialdemokraten und Grüne hätten in den 80er und 90er Jahren „ein Klima geschaffen, das erst den Boden für solche Vorkommnisse bereitet hat“. Auf unsere gestrige Aufforderung, diese ungeheuerliche, völlig absurde und eines Mitglieds der Landesregierung und eines stellvertretenden Ministerpräsidenten unwürdige Äußerung zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen, hat Herr Hahn nicht reagiert.

Die einzige Reaktion war die eines stellvertretenden Ministeriumssprechers, der erklärte, dass die Zusammenfassung des Gesprächsinhalts zwischen der Journalistin des Tagesspiegels und Herrn Hahn unzutreffend sei und daraus ein falscher Schluss gezogen würde. Ich stelle fest, dass Herr Hahn damit den in wörtlicher Rede zitierten Satz nicht zurückgenommen hat. Auch eine Entschuldigung steht weiterhin aus.

Die hessische Landespolitik ist in Vergangenheit und Gegenwart leider oft ein Beispiel für rüden Umgang zwischen den politischen Parteien. Alle Parteien haben daran ihren Anteil – manche mehr, manche weniger, je nach Blickwinkel. Ich habe allerdings in 15 Jahren Mitgliedschaft im Hessischen Landtag noch selten, wahrscheinlich noch nie eine so unverschämte und ungeheuerliche Entgleisung eines Regierungsmitglieds erlebt.

Dies ist umso bedauerlicher, da es gerade bei der Debatte um Missbrauch und Gewalt gegenüber Kindern in der Landtagssitzung Ende März endlich einmal gelungen schien, die Parteipolitik außen vor zu lassen. Wir führten eine Debatte, die sich völlig unabhängig davon, ob es um staatliche Ein-

**Bankverbindung:** Nassauische Sparkasse Wiesbaden • BLZ 51050015 • Konto-Nr. 111 145 555

Sie erreichen uns: Ab Hauptbahnhof mit den Buslinien 4, 12, 14, 27; Haltestelle Dernsches Gelände oder unter [www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de)

richtungen wie die Heime des Landeswohlfahrtsverbands, um kirchliche Einrichtungen oder um private Schulen wie die Odenwaldschule ging, mit den eigentlichen Fragen beschäftigte: Was können wir alle dafür tun, geschehene Fälle von Gewalt und Missbrauch aufzuklären, den Opfern zu helfen, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und alles Menschenmögliche zu tun, damit sich solche Vorkommnisse nicht wiederholen? Rednerinnen und Redner aller Fraktionen verzichteten darauf, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Es ging allen darum, alle Fälle von Gewalt und Missbrauch aufzuklären, völlig unabhängig von Ansehen und Status der Täterinnen und Täter und ob sie einem vermeintlich politisch näher oder ferner stehen. Auch die betroffenen Institutionen selbst bemühen sich in mehr oder weniger heftigen internen Diskussionen darum, nichts mehr unter den Teppich zu kehren. Die Debatte um die LWV-Heime der Nachkriegszeit wurde vom LWV selbst angestoßen, die gesamte Missbrauchsdebatte begann, als der Rektor des katholischen Canisius-Kollegs in Berlin sich an die Öffentlichkeit wandte. Und die Rektorin der Odenwaldschule bemüht sich nicht nur trotz, sondern gerade angesichts des bevorstehenden hundertjährigen Jubiläums des Bestehens der Schule um die volle Wahrheit.

Wenn Ihr Stellvertreter jetzt angesichts von jahrzehntelangen unheilvollen Vertuschungen und Verharmlosungen Parteien oder Koalitionen, die zum Zeitpunkt der Taten teilweise noch gar nicht existierten für diese verantwortlich zu machen versucht, dann ist nicht nur dumm, sondern geradezu infam.

Ihr Stellvertreter hat den bestehenden, an Aufklärung und Prävention orientierten Konsens nicht nur aufgekündigt, sondern in ungeheuerlicher Weise versucht, den Missbrauch von Kindern in die parteipolitische Auseinandersetzung zu ziehen. Er hat bisher offensichtlich nicht verstanden, was er da angerichtet hat, sonst hätte er seine Äußerung zurückgenommen und sich entschuldigt.

Deswegen bitte ich Sie als Regierungschef, auf Ihren Stellvertreter einzuwirken und ihn zur Vernunft zu bringen. Meine Fraktion erwartet weiterhin eine förmliche Entschuldigung.

Angesichts der nicht erfolgten Entschuldigung erlaube ich mir diesen Brief öffentlich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tarek Al-Wazir'.

Tarek Al-Wazir